Bürger*innenbrief

8. Juli 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

DIE LINKE stärken gegen Rechts! +++ Hamburger Anfachen-Award +++ Rhetorisches Abpflastern in Hamburg +++ Petition für sichere Straßen +++ Eindrücke vom Parteitag der LINKEN +++ Wie die Elite die Welt kaputt macht +++ Vom Nuhr Sagbaren +++ Statement des neuen Bündnisses Starker Sozialstaat +++ Buchtipp: İlhami Akter

Der allgemeinen Lage zum Trotz, gesehen im Wendland (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

leider nicht zum ersten Mal formulieren wir es an dieser Stelle so: Die Zeiten werden spürbar härter! Schauen wir auf die **Mieter*innen**: Laut HASPA-Trendbarometer von Mitte Juni sorgen sich 93% der Hamburger Bevölkerung ohne Eigenheim vor steigenden Wohnkosten. Die Menschen haben auch allen Anlass dazu, wie eine Anfang Juli veröffentlichte Studie des DGB auf Basis von Daten des Marktforschungsinstituts Empirica belegt: Danach sind die Mieten in den 40 größten deutschen Städten im letzten Jahrzehnt um durchschnittlich 51% gestiegen, in Hamburg sogar um 54,2%.

Oder werfen wir einen Blick auf die **Konsument*innen:** Bei einer NDR-Erhebung Ende Juni gaben 66% an, dass sich ihre finanzielle Situation in den vergangenen Jahren verschlechtert habe. »Steigende Preise verstärken Sorge um die Zukunft«, so die Headline des NDR-Berichts. Oder nehmen wir die ***Armutsquote***: Nach dem neuesten »Paritätischen Wohlfahrtsbericht« vom Juni stellt der Verband fest, dass die Armutsquote in Hamburg nach einem leichten Rückgang in der jüngsten Vergangenheit wieder sprunghaft zugenommen hat und auf den Höchstwert von 18,9% (2025) gestiegen ist;

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

der Bundesdurchschnitt liegt dagegen »nur« bei 16,1%. Aber es sind nicht nur die Armen, es sind nach einer Umfrage von Infratest dimap satte 86% der Bevölkerung, die die Verteilung des Wohlstands für ungerecht hält.

Und so sieht's hinsichtlich der Armutsentwicklung konkret bei den **Rentner*innen** aus: In Hamburg lag die Armutsgefährdungsquote 2024 bei den 65-jährigen und älteren Frauen bei 21,3%, bei den Männern lag sie bei 20,1%. Allerdings nimmt die Zahl älterer Menschen, denen die Rente nicht mehr zum Leben reicht, deutlich zu. Von 2020 bis 2024 ist der Anteil von ihnen, der Grundsicherung bezog, laut NDR um fast 18,5% angewachsen, auf mehr als 43.000 Menschen. Und vom Phänomen, dass gerade ältere Mitbürger*innen sich schämen bzw. darauf verzichten, ihre Ansprüche geltend zu machen, sei hier nur am Rande die Rede. Kein Wunder, schließen haben laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov mittlerweile 70% der Bundesbürger*innen vor dem Renteneintritt Angst um ihre finanzielle Lage im Alter.

Und nun kommt über uns auch noch das von der Bundesregierung so titulierte »Programm für Aufschwung und Beschäftigung« (Quelle tagesschau), famose »Reformen« im Sozial-, Renten- und Gesundheitsbereich auf zwölf Seiten, die den Menschen mit dünnerem Portemonnaie arg zu schaffen machen werden. Ein »Programm für Armut und Stagnation« nennt die taz-Kommentatorin Anja Krüger das schwarz-rote Maßnahmenbündel. Oder noch etwas deutlicher ihr Kollege Stefan Reineke: Ein Reformpaket, das »Friede den Palästen, Krieg den Hütten« bringt. Obwohl sich die Maßnahmen zu einem Gutteil gegen die Mehrheit der Bevölkerung richten, »mit dem Sozialstaat die Demokratie stirbt«, wie der bekannte Armutsforscher in einem Artikel im *Neuen Deutschland* meint, »warum bleibt es so ruhig im Land?«.

Dennoch, Pflänzchen des Aufschreis fangen an zu sprießen, auch wenn wir von den 200.000 lauten Partygänger*innen beim Schlagermove am 4. Juli in St. Pauli noch einiges entfernt sind. In Hamburg hatten drei Tage zuvor bereits 1.000 Menschen am Alsterufer gegen die geplanten Einsparungen bei der Schulbegleitung von behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Kindern protestiert. Und am 3. Juli folgten immerhin 4.000 Bürger*innen dem DGB-Aufruf »Nein zum sozialen Kahlschlag – Sozialstaatsretter*innen stehen zusammen«, unterstützt vom »Bündnis Starker Sozialstaat Hamburg«, dem sich u.a. die Sozial- und Umweltverbände und der Mieterverein angeschlossen haben. Wir dokumentieren das Statement dieses in den kommenden Monaten sicher noch an Bedeutung gewinnenden Zusammenschlusses am Ende dieses BB.

So, jetzt gehts für hoffentlich möglichst viele Hamburger*innen in die Urlaubszeit. Und denjenigen, die hier bleiben (müssen), denen, die in Unterkünften und vor allem auf den Straßen leben, wünschen wir einen schönen, aber keinen überhitzten Sommer. Und, kleiner Tipp am Rande, besucht noch einmal die Plaza der Elbphilharmonie, bevor dieser großartige Senat den Bürger*innen mit 5,- Euro pro Besucher*in ab dem 5. Oktober ein zweites Mal in die Tasche greift, um die von uns finanzierte Konzerthalle sozusagen zu refinanzieren. Zumindest denen, die es sich dann erlauben können oder wollen.

Wir lesen uns dann wieder im August!

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

Protest gegen die Kürzungen bei der Schulbegleitung am 1. Juli
(Fotos: Archiv Kollektiv)

Kundgebung des DGB Hamburg am 3. Juli am Speersort

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

DIE LINKE stärken gegen Rechts!

In diesem Jahr stehen noch drei Landtagswahlen an. Während in Berlin eine Verstärkung des linken Wähler*innenpotenzials in Aussicht steht, droht in Sachsen-Anhalt vor allem ein starkes Anwachsen der AfD: Aktuellen Umfragen zufolge könnte diese rechtsextremistische Partei dort erstmals in einem Bundesland in Regierungsverantwortung kommen, ein Horrorszenario für alle friedliebenden, demokratischen und linken Kräfte. Jetzt kommt es also drauf an. Wir nehmen hier daher einen Aufruf der Kampagnenabteilung der bundesdeutschen LINKEN auf und bitten um Spenden für den sächsisch-anhaltinischen Anti-AfD-Wahlkampf in den wenigen verbleibenden Wochen.

Termin	Bundesland	Organ(e)	Wahlperiode
6. September 2026	Sachsen-Anhalt	Landtag	5 Jahre
13. September 2026	Niedersachsen	Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte, Samtgemeinderäte, Stadtbezirksräte, Ortsräte, Regionsversammlung (Hannover)	5 Jahre
20. September 2026	Berlin	Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversammlungen	5 Jahre
20. September 2026	Mecklenburg-Vorpommern	Landtag	5 Jahre

Ausstehende Wahltermine 2026 in Deutschland

Hallo Unterstützer*in,

42 Prozent für die AfD – das droht bei den kommenden Wahlen in Sachsen-Anhalt. Was lange wie ein fernes Horrorszenario erschien, könnte am 6. September Realität werden: **Eine gesichert rechtsextreme Partei regiert im Alleingang in einem deutschen Bundesland.**

Doch noch ist die Wahl nicht entschieden. Als aktuell drittstärkste Kraft in Sachsen-Anhalt **kann Die Linke den Einfluss der AfD maßgeblich begrenzen.** Je mehr Sitze wir im Landtag bekommen, desto schwerer wird es für die AfD, ihre Politik der Spaltung durchzusetzen.

Wir müssen jetzt wirklich alles geben. Denn in den nächsten drei Monaten entscheidet sich, wie viele Menschen wir vor Ort erreichen – bei Haustürgesprächen und Veranstaltungen, an Infoständen und auf den Straßen. Wir wissen: Gerade in den letzten Wochen vor der Wahl können sich die Umfragewerte noch stark verschieben.

Gerade deshalb müssen wir in jedem Ort in Sachsen-Anhalt sichtbar sein. Niemand darf an unserer Wahlkampagne vorbeikommen. Doch das schaffen wir nicht ohne deine Unterstützung. Denn so ein Wahlkampf kostet uns richtig viel Geld. **Schon 10€ helfen dabei, unsere Botschaft auf die Straße zu bringen** – mit Plakaten, Flyern und Infoständen vor Ort.

Die CDU wird den Durchmarsch der AfD nicht verhindern, ganz im Gegenteil: Erst vor Kurzem ließ sich der CDU-Fraktionschef in Sachsen-Anhalt fröhlich an der Seite des AfD-Spitzenkandidaten Siegmund ablichten. **Deshalb kommt es umso mehr auf uns an.**

Unsere Genoss*innen kämpfen jeden Tag für eine starke Linke und gegen die erste AfD-Regierung in einem deutschen Bundesland. Sie tun das trotz Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen von rechts. **Denn sie wissen: Aufgeben ist keine Option.** Oft sind es kleine Teams, die abends oder am Wochenende durch die Orte fahren, Flyer verteilen und an fremde Türen klingeln.

Deine Spende sorgt dafür, diese Arbeit überhaupt möglich zu machen. Sie finanziert das Material, die Fahrtwege und die Präsenz vor Ort – und damit die Gespräche, die diesen Wahlkampf entscheiden werden.

Lass uns gemeinsam die AfD von den Schalthebeln der Macht fernhalten. Wir zählen auf dich!

Solidarische Grüße
Janis Ehling, Bundesgeschäftsführer

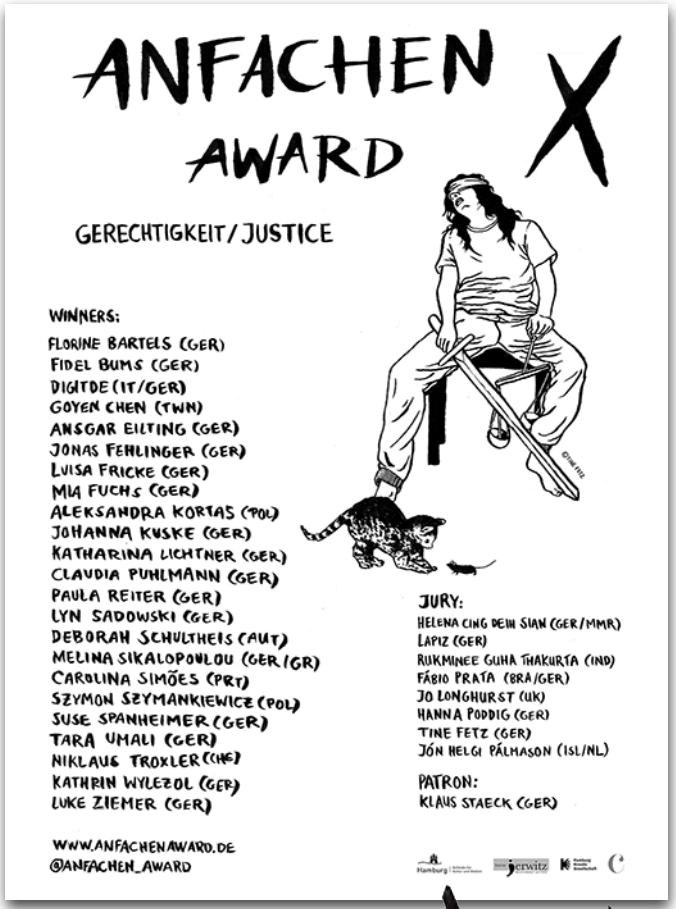
PS: Sollte die AfD tatsächlich alleine in Sachsen-Anhalt regieren, wird sie zum ersten Mal ihre rechte Politik ungehindert umsetzen können – mit Folgen weit über das Bundesland hinaus. Sachsen-Anhalt würde zum Testfeld eines autoritären Umbaus werden. Hilf uns jetzt mit deiner Spende, damit es nicht so weit kommt.

Ein Material der Initiative »Aufstehen gegen rechts!«

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Anfachen Award oder: Wo es hakt mit der Gerechtigkeit

Seit dem 3. Juni zieren an verschiedenen Orten in Hamburg Plakate zum Thema Gerechtigkeit, u.a. auf dem Hachmannplatz, der Kennedy- und der Reesendammbrücke. Die Ausstellung der 25 großformatigen Plakate bildet den Schlusspunkt des Hamburger Anfachen Award 2026, mit dem ihre Schöpfer*innen geehrt werden. Die Sieger*innen des Wettbewerbs veranschaulichen damit auf (plakat)künstlerische Weise ihre Sicht auf den Stand der Gerechtigkeit aktuell und international. »Dabei legen sie mal schmerzhaft, mal humorvoll offen, wie unterschiedlich sich der Zugang zu Gesundheit, Glück, Wohlstand oder Macht tatsächlich gestaltet«, so der Kommentar der Initiator*innen. Wir dokumentieren auf den kommenden Seiten einige dieser gesellschafts- und gerechtigkeitskritischen Plakate (Fotos: M. Joho).



Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Hamburg pflastert ab – aber nur rhetorisch

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

Es begann mit einer großen Vision. Hamburg wollte abpflastern. Endlich Schluss mit Beton, Asphalt und versiegelten Flächen. Ganz im Sinne von Klima- und Umweltschutz sowie Klimaanpassung. 2025 hat die Stadt Hamburg zum ersten Mal Bürger*innen dazu aufgerufen, im Stadtgebiet Flächen vorzuschlagen oder private Flächen zu entsiegeln und zu bepflanzen. Dieses Jahr hat Hamburg die Stadt Bremen zu einem »Nordderby« in Sachen Abpflastern herausgefordert.

2025 konnte sich das Ergebnis sehen lassen. Rund 5.400 Quadratmeter wurden entsiegelt. Mehr als 2.200 Vorschläge wurde durch die Hamburger Bevölkerung eingereicht. Hamburg war bereit. Der Asphalt zitterte bereits.

Doch dann kam die Verwaltung. Von den über 2.200 Ideen wurden ganze zehn Projekte umgesetzt. Das entspricht einer Erfolgsquote, die selbst bei einem Überraschungsei als Enttäuschung durchgehen würde. Vielleicht war der eigentliche Wettbewerb gar nicht das Entsiegeln an sich, sondern eher das Sammeln von Ideen. Besonders beeindruckend ist die Dokumentation der entsiegelten Flächen. So wird dafür geworben, dass die Bezirke die Lage und Größe der entsiegelten Flächen erfassen. Vorgaben gibt es dafür allerdings nicht. Also wird derzeit ein Wettbewerb gestaltet, bei dem anschließend auf die Ergebnisliste verzichtet wird.

Doch nicht kleinzukriegen (Foto von Michael Knoll auf pixabay)

Mit Blick auf die dokumentierten Zahlen zu den entsiegelten Flächen in Hamburg lässt sich feststellen (Tabelle 1), dass vor allem der Bezirk Altona den Löwenanteil an erzielter entsiegelter Fläche im Jahr 2025 stellt. Sehr weit abgeschlagen ist der Bezirk Hamburg-Mitte mit gerade mal 2 Quadratmetern. In Bergedorf wurde gar nichts gemeldet oder dokumentiert. Der Senat verweist darauf, dass nicht alle entsiegelten Flächen bei der Plattform beteilige.me eingetragen wurden. Woher dieses Wissen besteht, ist unklar. Eventuell werden einzelne Bezirke zukünftig ein Controlling aufbauen.

Wer sich jetzt fragt, wie viele Quadratmeter Hamburg eigentlich zum Vergleich im Jahr 2025 versiegelt hat, bekommt eine philosophische Antwort: Mensch wisse es nicht. Die Daten liegen nicht vor und wer keine Zahlen hat, kann auch keine schlechte Bilanz vorlegen.

Bezirk	Flächenart	Entsiegelte qm
Hamburg-Mitte	privat	2
	öffentlich	0
Bergedorf	privat	0
	öffentlich	0
Altona	privat	101
	öffentlich	4.105
Eimsbüttel	privat	19
	öffentlich	178
Harburg	privat	20
	öffentlich	0
Hamburg-Nord	privat	0
	öffentlich	15
Wandsbek	privat	10
	öffentlich	982
	Summe	**5.432**

Tabelle 1, eigene Darstellung (Quelle: Drucksache 23/4447)

Auch die Bezirke werden tatkräftig unterstützt. Schließlich gab es einen Entsiegelungsdialog. Zusätzliche Stellen oder Geld, um Entsiegelung im eigenen Bezirk voranzutreiben? Fehlanzeige. Aber immerhin es wurde miteinander gesprochen. Wenn also künftig jemand fragt, warum so wenig entsiegelt wurde, lautet die Antwort: Am Reden hat es nicht gelegen.

Die Kosten der Entsiegelung kennt übrigens niemand. Sie werden nicht einheitlich erfasst. Der Personalaufwand in den Bezirken ebenfalls nicht. Transparenz wird eben nicht an jeder Stelle überbewertet. Immerhin gibt es bei manchen Flächen, die entsiegelt wurden eine Garantie, dass sie entsiegelt bleiben: Werden RISA-Fördermittel eingesetzt, dürfen diese Flächen fünf Jahre lang nicht wieder neu versiegelt werden. Bei allen anderen Flächen vertraut man darauf, dass das schon irgendwie so bleibt.

Für den laufenden Wettbewerb 2026, sind bislang 117 Ideen zur Entsiegelung eingetragen worden. Vier Projekte wurden inzwischen umgesetzt – zusammen 186 Quadratmetern. Das entspricht ungefähr der Fläche von zwei durchschnittlichen Hamburger Drei-Zimmer-Wohnungen. Der Klimawandel dürfte beeindruckt sein. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir freuen uns über jeden noch so kleinen Beitrag, der auf privater Seite gemacht wird, aber die öffentliche Hand, hat hier eine besondere Verantwortung.

Am Ende bleibt die Erkenntnis: Hamburg hat bewiesen, dass man mit großem Engagement Ideen entsiegeln kann. Beim Asphalt besteht allerdings noch ein erhebliches Entwicklungspotenzial.

Sommerwiese (Bild von Julita auf pixabay)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Unterstützenswerte Petition:

Hamburg stoppt das Töten – Sichere Straßen jetzt!

Von Heike Sudmann

Die Überschrift klingt drastisch, doch angesichts der tödlichen Radunfälle ist sie leider angebracht. Allein in diesem Jahr sind bis Ende Juni schon vier Radfahrer*innen in Hamburg im Straßenverkehr getötet worden.

Katja Diehl, eine bekannte Verkehrsaktivistin, und Peter Hundert haben Ende April die Petition »Hamburg stoppt das Töten – Sichere Straßen jetzt!« gestartet.

Nachfolgend findet sich ihr Text (Ende April waren es »erst« drei getötete Radfahrer*innen):

Jedes Jahr sterben in Hamburg Menschen im Straßenverkehr, die meisten von ihnen beim Radfahren oder zu Fuß – obwohl seit Jahren klar ist, welche Maßnahmen schwere Unfälle wirksam verhindern können.

Während EU-weit die Zahl der Verkehrstoten seit Jahren stetig abnimmt, steigt sie in Deutschland weiter an. Nach bereits drei getöteten Radfahrenden im Jahr 2026 muss Hamburgs Politik endlich wirksam gegensteuern! Wir fordern Senat und Hamburgische Bürgerschaft auf, die Sicherheit der verletzlichsten Verkehrsteilnehmenden zur obersten Priorität zu machen und die vorhandenen Handlungsspielräume konsequent auszuschöpfen. Die Hamburger Zivilgesellschaft muss klar machen, dass es so nicht weiter gehen kann.

Es gibt kein Informations-, nur ein Umsetzungsdefizit

Hamburgs Politik muss sich endlich aufmachen, Vision Zero Realität werden zu lassen – das Ziel, dass niemand im Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt wird. Wissenschaftliche Studien zur Verkehrssicherheit und internationale Beispiele zeigen seit Jahren, welche Strategien und Maßnahmen wirken. Von der Politik erwarten wir, dass sie diese Erkenntnisse auf Hamburg überträgt, eine verbindliche VisionZeroStrategie vorlegt und diese konsequent umsetzt.

Eine ernst gemeinte VisionZeroPolitik umfasst aus unserer Sicht mindestens:

- eine systematische Analyse aller schweren Rad und Fußgängerunfälle der vergangenen Jahre und ein darauf basierendes, priorisiertes Maßnahmenprogramm für Gefahrenstellen,
- die schrittweise Umgestaltung dieser Gefahrenstellen zu fehlerverzeihender Infrastruktur nach anerkannten fachlichen Standards,
- die konsequente Nutzung vorhandener rechtlicher Spielräume für Temporeduzierungen dort, wo Menschen zu Fuß und mit dem Rad unterwegs sind,
- die technische Ausrüstung von Lkw, damit die häufigen Abbiegeunfälle ein Ende finden.

Klimaschutz und Mobilitätswende können nur gelingen, wenn Fuß und Radverkehr sicher und attraktiv sind: Wer Angst haben muss, auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule überfahren zu werden, steigt nicht dauerhaft aufs Rad um. Deshalb ist eine konsequente VisionZeroPolitik notwendige Voraussetzung, dass Hamburg seine Klima und Mobilitätsziele überhaupt erreichen kann.

Begründung

Im Hamburger Straßenverkehr starben 2026 bereits drei Radfahrende, darunter ein elfjähriges Kind. In einer Stadt mit über 1,2 Millionen Radfahrenden – deutlich mehr als zugelassenen Pkw – ist das ein politischer Skandal, kein bedauerlicher Zufall.

Während in der EU die Zahl der Verkehrstoten seit Jahren sinkt, nimmt das Töten im deutschen Straßenverkehr weiter zu. Dabei fehlt es nicht an Wissen, sondern nur am politischen Willen, die Zahl der Verkehrstoten endlich zu senken.

Nur wenn Rad und Fußverkehr sicher und attraktiv sind, werden mehr Menschen ihr Auto stehen lassen – und nur so können Klimaschutz, Mobilitätswende und echte Teilhabe für alle in Hamburg gelingen.

Diese Petition fordert Senat und Bürgerschaft auf, Verantwortung zu übernehmen und das Sterben im Verkehr nicht länger als schicksalhaft hinzunehmen.

Wir nehmen die Hamburger Politik in die Verantwortung: Stoppen Sie das Töten im Straßenverkehr!«

Je mehr Hamburger*innen die Petition unterstützen, desto größer sind ihre Erfolgschancen.

Hier geht es zum Unterschreiben zur Petition. Ein Interview mit Katja Diehl findet sich in der aktuellen Ausgabe der RadCity des ADFC Hamburg.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Schwierige Debatten & starke Beschlüsse: Meine Eindrücke vom Bundesparteitag

Von Luzian Massarrat*

Vom 19. bis 21. Juni kam die bundesdeutsche LINKE unter dem Motto »Es reicht! Das Leben bezahlbar machen« zum Parteitag in Potsdam zusammen. Für mich war es – wie für zwei Drittel der Delegierten – der erste Bundesparteitag und ich war sehr gespannt, unsere Partei auch außerhalb des Hamburger Landesverbands besser kennenzulernen. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Wahl eines neuen Parteivorstands und ganze 139 programmatische Anträge.

Luzian Massarrat am Parteitags-Mikro (Foto: DIE LINKE, Parteitagsstream)

Der Freitag war geprägt von der abendlichen Debatte zu Nahost. Sie wurde eingeleitet durch zwei bewegende Gastreden von Vered Berman und Aida Touma-Sliman. Der Parteivorstand hatte einen achtseitigen Antrag vorgelegt, der auf die bestehende Beschlusslage der vergangenen Parteitage aufbaute. In langen Vorbesprechungen wurden die 126 eingereichten Änderungsanträge diskutiert und schließlich ein Kompromissvorschlag unterbreitet. Trotz dieses Papiers wurde auf dem Parteitag zunächst ein Ersetzungsantrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Palästinasolidarität u.a. vorgelegt, der einen eigenen Textvorschlag machte und etwa das Existenzrecht Israels nicht explizit nannte. Nachdem dieser mit 63% abgelehnt wurde, beschloss der Parteitag mit sehr großer Mehrheit den Kompromissvorschlag. Darin bekennt sich die Partei weiterhin zur Zwei-Staaten-Lösung sowie zum Existenzrecht Israels und auch Palästinas. Außerdem schließt sie sich internationalen Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und zahlreichen Völkerrechtler*innen in der Einschätzung an, dass Israel im Gaza-Streifen einen Völkermord begeht. Obwohl beide Gastrednerinnen dazu aufgerufen hatten, sich nicht in innerlinken Debatten zu verzetteln, sondern konkrete Maßnahmen in den Fokus zu nehmen, lag auf diesen wenig Aufmerksamkeit – wohl, weil wir uns dazu weitgehend einig waren. Auch das eigentliche Motto des Parteitags, das sich mit dem Sozialabbau der Bundesregierung beschäftigte, trat während des gesamten Parteitags kaum in den Vordergrund, da Nahost-Debatten weiter viel Raum einnahmen.

Der Samstag stand ganz im Zeichen der Neuwahl des Parteivorstands. Ko-Parteivorsitzende Ines Schwerdtner wurde für ihre Arbeit der letzten zwei Jahre mit 86% der Stimmen belohnt. Auch Olga Fritzsche, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und einzige Hamburgerin im neuen Vorstand, erhielt ebenfalls ein hervorragendes Ergebnis und wurde mit 79,7% zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Für viel Aufmerksamkeit sorgte hingegen das schwache Ergebnis (53,3%) von Luigi Pantisano, unserem neuem Ko-Parteivorsitzenden. Über die Gründe dafür wurde bereits viel spekuliert. Es monokausal zu erklären, ist sicher in jedem Fall falsch. Auf dem Parteitag selbst hatte ich den Eindruck, dass seine schwache Bewerbungsrede ohne neue strategische Ideen nur wenig Begeisterung entfachte. Auch dass seine Kandidatur nur wenige Stunden nach Jan van Akens Rückzugsankündigung vorlag und sich der Großteil der Parteispitzen schon für ihn ausgesprochen hatte, kam nicht gut an. Programmatische Gründe für das schwache Wahlergebnis haben mich hingegen nicht erreicht. Sicher hat es Luigi auch Stimmen gekostet, die CDU in einem verstolperten Interview mit Faschist*innen gleichzusetzen. Wegwischend, dass sie tatsächlich an vielen Stellen rechtsradikale und sogar verfassungswidrige Politik durchsetzt, hat sich die Union darauf sofort gestürzt und sogar eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt – wohl auch, um damit von ihrem eigenen Scheitern abzulenken. Dass die Union unsere Partei bei jeder Gelegenheit faktenfrei als linksextrem, antisemitisch oder abseits vom Boden der Verfassung bezeichnet, macht ihre Beschwerde für mich fast schon zu einer Posse.

Am Sonntag schließlich befassten wir uns vornehmlich mit inhaltlichen Anträgen und fassten einige sehr gute Beschlüsse. Nach der Verabschiedung des Leitantrags, dessen Debatte deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen hatte als geplant, nahmen wir einen sehr eindeutigen Beschluss gegen Antisemitismus an. Durch Verfahrensvorschläge aus der Hamburger Delegation behandelten wir abschließend den neuen Gehaltsdeckel für Abgeordnete und das Thema Sexarbeit. Der Gehaltsdeckel, der mit 66% angenommen wurde, begrenzt die Diäten von Abgeordneten der LINKEN in Bundestag und Europaparlament auf ca. 3.300 Euro (netto für alleinstehende Personen in Steuerklasse 1) und koppelt sie an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Darüber hinausgehende Einnahmen fließen in politische Initiativen und die Sozialberatung der LINKEN. Diese Regelung ergänzt und kodifiziert, dass viele unserer Parlamentarier*innen schon jetzt große Teile ihrer Diäten abführen: So haben unsere Abgeord-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Die Hamburger Delegiert*innen auf dem Parteitag in Potsdam
(Foto: Ines Schwerdtner)

neten z.B. die letzte Diätenerhöhung im Bundestag vollständig gespendet.

Zu Sexarbeit hat sich DIE LINKE nach jahrelangen Diskussionen mit großer Mehrheit gegen das nordische Modell (also die Kriminalisierung von Sexkauf) und für Solidarität, Unterstützung, Schutz und Rechte für Sexarbeiter*innen ausgesprochen. Der Landesverband Hamburg, der einen entsprechenden Beschluss bereits im April gefällt hatte, war an der Formulierung dieses Antrags maßgeblich beteiligt. Dass wir uns jetzt klar gegen Angriffe auf Sexarbeiter*innen von rechten Kräften positionieren, ist ein großer Erfolg.

Besonder schön war die gemeinsame Zeit mit der Hamburger Delegation, in der wir viel Freude hatten und gut zusammengearbeitet haben. Das tröstet mich auch darüber, dass wir viele der sehr spannenden Anträge aus der Mitgliedschaft aus Zeitgründen nicht behandeln konnten, sondern vertagen mussten. Ich freue mich jedenfalls auf den nächsten Bundesparteitag, wenn wir unser neues Grundsatzprogramm beraten!

**Luzian Massarrat ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Heike Sudmann, Mitglied im Bezirksvorstand Hamburg-Mitte und im Hamburger Landesvorstand der Partei DIE LINKE.*

Von wegen »Reichensteuer« oder: Wie 0,1 % der »Elite« die Welt kaputt macht

Von Michael Joho

Es ist vielleicht ein Spezifikum der LINKEN, angesichts des voranschreitenden globalen Desasters immer wieder auf den Zusammenhang von Umwelt- und Klimaschäden auf der einen und dem wachsenden Reichtum bei den Reichen und Superreichen auf der anderen Seite hinzuweisen. Nicht ganz zufällig, dass die anderen Parteien von der SPD über die GRÜNEN bis zur CDU, von der AfD ganz zu schweigen, weder das eine noch das andere angehen, geschweige denn bewältigen.

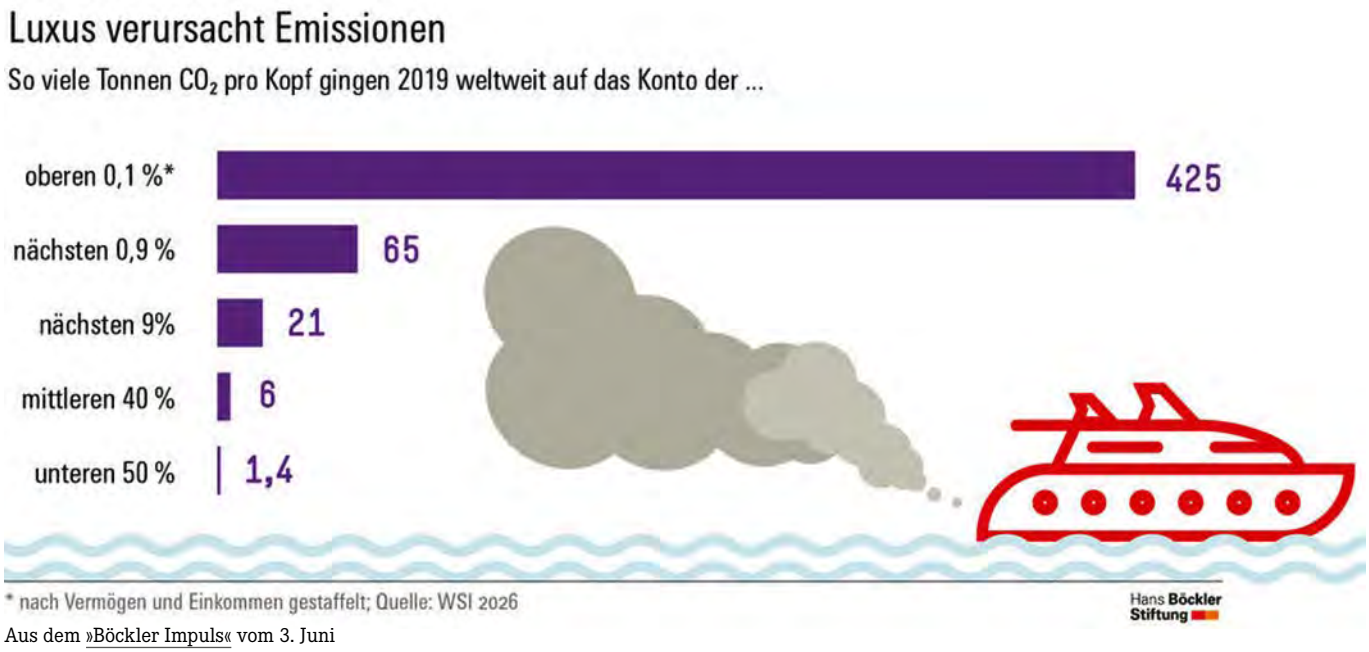
Während »Rot-Grün« in Hamburg nicht einmal den (im vergangenen Jahr um 2,6%) *angewachsenen* CO_2-Ausstoß in den Griff kriegt und »Schwarz-Rot« auf Bundesebene mit unabsehbaren Folgen dabei ist, die Energiewende zurückzudrehen, bleiben beide in ihren jeweiligen Regierungsgehegen, wenn es um wirklich spürbare Maßnahmen gegen den Reichtum und Überreichtum geht. In Hamburg fordert DIE LINKE seit Anbeginn ihrer Tätigkeit in der Bürgerschaft 2008, endlich den Steuervollzug zu verbessern und mehr Steuerprüfer*innen einzustellen. Und wie sieht es vor dem Hintergrund einer neuerlichen Anfrage an den Senat laut NDR-Meldung vom 16. Februar aus? »Allein in der Betriebsprüfung fehlen derzeit mehr als 150 Prüferinnen und Prüfer. Das habe spürbare Auswirkungen«, so die Linksfraktion. Als Beleg führt sie an, dass die Prüfungsquote beispielsweise in den Großbetrieben innerhalb eines Jahres von 24 auf 20% gesunken ist«. Und auf Bundesebene? Feiern sich Lars Klingbeil und Bärbel Bas (beide SPD) dieser Tage dafür, dass sie von den Bestverdienenden ab 280.000 Euro aufwärts nun nicht mehr einen Steuersatz von 45, sondern ab dem kommenden Jahr von 47% erwarten. Wow. Da werden sich allemal die Superreichen aber gaaaanz doll ärgern.

Doch ganz so schlimm wirds schon nicht werden, hat sich ihr Reichtum doch gerade in den vergangenen Jahren explosionsartig vermehrt, seltsamerweise trotz der bisherigen 45%. Schauen wir in den »OXFAM-Bericht zur sozialen Ungleichheit« vom 19. Januar. Danach ist die Gesamtzahl der Milliardär*innen in Deutschland von 2024 auf 2025 um ein Drittel auf 172 gestiegen, innerhalb nur eines Jahres ist das Gesamtvermögen dieser sozial verwahrlosten Elite inflationsbereinigt um 30% auf 840,2 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Zurück zum Ausgangspunkt, zum Zusammenhang von (Super-)Reichtum und Klimakatastrophe. Nicht, dass das mit der Grafik »Luxus verursacht Emissionen« wirklich neu wäre, aber die Dimensionen der Umwelt- und Klimazerstörung in Abhängigkeit von der oberungerechten Verteilung der globalen Reichtümer lässt einen doch ein wenig ins Grübeln kommen.

Und noch ein Hinweis auf eine andere, im Juni erschienene Studie von OXFAM. »Ungleichheit made in Europe« lautet ihr Titel, »Eine Analyse der einhundert größten europäischen Konzerne« der Untertitel. Wer für Umverteilung eintritt, für die gerechte(re) Verteilung von Reichtum und Ressourcen, der/die kommt um diese Broschüre nicht herum.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Aus dem »Böckler Impuls« vom 3. Juni

Darin geht es aber nicht, wie einige jetzt vermuten mögen, um Zahlen, vielmehr werden der Einfluss und die Wege die Einflussnahme der hundert größten europäischen Unternehmen reflektiert, und zwar anhand der Aspekte Menschen, Macht, Profit und Planet.

Ich zitiere mal eine längere Passage aus der Zusammenfassung der Studie: »Aufgrund ihrer Größe und finanziellen Mittel haben die multinationalen Konzerne zudem erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen. Dieser Teufelskreis aus Konzern- und politischer Macht treibt die soziale Ungleichheit weiter voran. Ihren Einfluss nutzen einige Großkonzerne und Unternehmensverbände auch, um die Verwässerung von sozial-ökologischen Standards und Arbeitsrechten massiv voranzutreiben – auf Kosten der Umwelt und von Arbeitnehmer*innen in Deutschland und entlang der Lieferketten. So ist eine Ursache der aktuellen Deregulierungswelle und der Angriffe auf den Sozialstaat in Deutschland und Europa, dass große Unternehmensverbände Wettbewerbsfähigkeit vorschieben, um fortschrittliche politische Rahmenbedingungen wieder rückgängig zu machen. Ein prägnantes Beispiel ist die Abschwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettengesetzgebung im Rahmen des Omnibus I-Verfahrens der EU-Kommission (S. 2).

Der englischsprachigen 65-seitigen Dokumentation ist noch eine zwölfseitige Zusammenfassung und Ergänzung in deutscher Sprache angehängt.

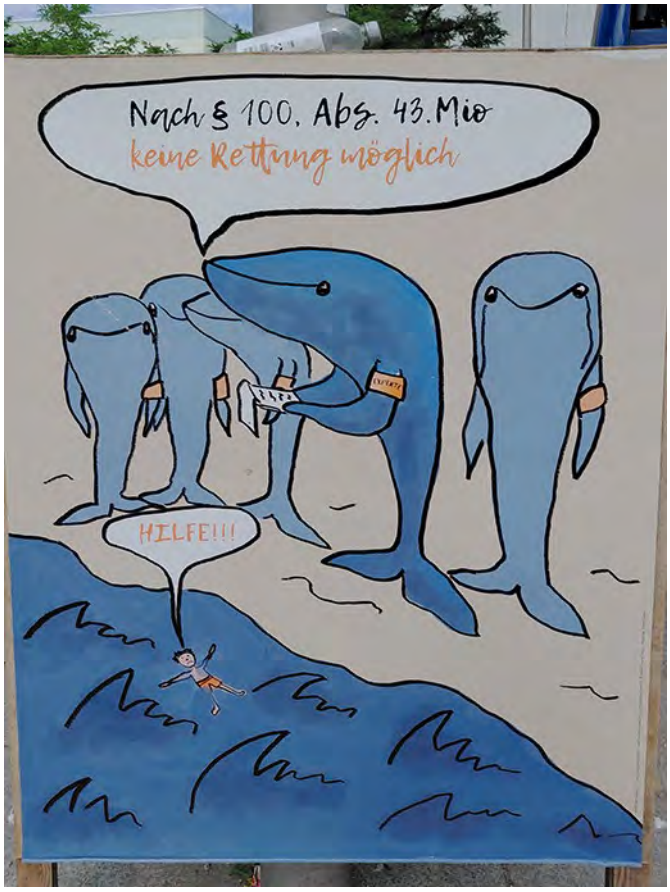
Wie Konzerne auf Ungleichheit wirken – Die vier Dimensionen unternehmensbedingter Ungleichheit

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Milliardärsfamilien und ihre Manipulationen

Der rührige Verein Finanzwende hat bereits Ende Mai einen 20-minütigen Kurzfilm ins Netz gestellt, sein Titel: »Mythos Familienunternehmen. Wie die Lobby der Milliardäre uns manipuliert«. Der Streifen ist so eine Art politische Bildung im Schnelldurchlauf. Wen's interessiert, liest vielleicht noch unten die paar Zeilen und klickt dann auf Start unter.

Aus dem Vortext zum Film: »Milliardärsfamilien können in Deutschland riesige Vermögen fast steuerfrei an die nächste Generation weitergeben. Möglich machen das Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer, politische Einflussnahme und eine mächtige Lobby, die sich hinter einem sympathischen Begriff versteckt: ›Familienunternehmen‹. Doch wer steht wirklich hinter der Stiftung Familienunternehmen? Geht es um Mittelstand, Arbeitsplätze und Verantwortung? Oder um knallharte Lobbyarbeit für die Reichsten der Reichen? Im Kurzfilm ›Mythos Familienunternehmen – Wie die Lobby der Milliardäre uns manipuliert‹ blicken wir hinter die Kulissen der Lobby des großen Geldes. Gesellschafter*innen aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen berichten erstmals und anonym, wie die Organisation arbeitet, welches Image sie nutzt und warum selbst Menschen aus reichen Unternehmerfamilien diese Form der Einflussnahme kritisch sehen. Mit Kommentaren von Kevin Kühnert, Norbert Walter-Borjans und Julia Jirmann zeigt der Film: Die Debatte um die Erbschaftsteuer ist keine abstrakte Steuerfrage. Es geht um Gerechtigkeit, Demokratie und darum, wie man in Deutschland durch Vermögen politischen Einfluss erhält.«

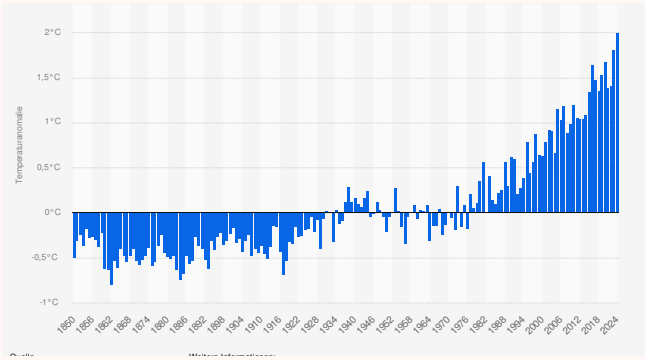


Aus der Plakatserie »Anfachen-Award« (Fotos: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tipps & Termine

Es kostet im Moment weniger Energie denn je, auf Meldungen zur voranschreitenden Klimakatastrophe zu stoßen. »Die Temperaturen des Jahres 1850 lagen durchschnittlich rund 0,48 °C unter dem **Mittelwert der Vergleichsjahre 1901 bis 2000**«, heißt es da beispielsweise in einer Analyse des Statista-Instituts von Ende November 2025. »Im Jahr **2024 lagen sie rund 1,99 °C über diesem Wert**. 2024 war weltweit das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen.« Und die mitgelieferte Grafik **Durchschnittliche jährliche globale Temperaturanomalien von 1850 bis 2024** unterstreicht die katastrophalen Tendenzen.



Durchschnittliche jährliche globale Temperaturanomalien von 1850 bis 2024 in °C [Quelle]

Ach, wenn es denn nur um Zahlen, Kurven und Hochrechnungen ginge. Aber wir haben es vielmehr mit Auswirkungen zu tun, die sich verstärken, gegenseitig anheizen sozusagen. Nehmen wir nur diese Überschriften der letzten Zeit. »Fossile Energienutzung hat die **aktuellen Hitzewellen in Europa massiv verschlimmert**«, meldete z.B. die »taz« online am 27. Juni unter Berufung auf eine jüngst vorgelegte Studie des Forschungsnetzwerks World Weather Attribution. Die »Tagesschau« vier Tage später: »Die **Meerestemperatur im Juni war noch nie so hoch** wie in diesem Jahr«, nämlich bei durchschnittlich etwa 21 Grad. Und nochmals die »taz« vom 2. Juli, diesmal mit Blick auf einen neuen Monitoring-Bericht des Robert-Koch-Instituts: »Mehr Tote durch Hitze als durch Verkehr«.
Und trotzdem immer weiter so in den Abgrund oder endlich massive Gegenmaßnahmen einleiten? Immer wieder frappierend **was die AfD dazu so denkt und schreibt**, zitieren wir doch einfach mal aus ihrem Programm zur Bundestagswahl 2025: »Die wegen der behaupteten ›Klimakatastrophe‹ bereits eingeleitete ›Große Transformation‹ bedroht unsere Freiheit in erschreckendem Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau vehement ab« (AfD-Programm S. 78f.).

Frappierend die Ignoranz und Dummheit der AfD, ernüchternd aber auch, was in unserer Stadt die Senatspolitik bewirkt. Entgegen allen Zielen und Vereinbarungen, wider alle Notwendigkeit einschneidender(er) Aktivitäten zeichnet sich hier selbst im »Hamburger Abendblatt« vom 29. Juni ein »**Klimadebakel**« ab, denn der »**CO_2-Ausstoß in Hamburg steigt, statt zu sinken**«, und zwar um 2,6% in 2025 gegenüber dem Vorjahr. »Eine **klimapolitische Bankrotterklärung für den rot-grünen Senat**« hat Stephan Jersch, klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion, diese Meldung kommentiert. Der BUND fordert daher den Senat auf, Verantwortung zu übernehmen, er »muss zurück auf den Klimapfad«, insbesondere durch schnelle und nachhaltige Eingriffe vor allem im Verkehrssektor und im Wohnungsbau.

Ohne an dieser Stelle zynisch sein zu wollen, aber genießen wir doch die Natur so oft und so lange wie möglich. Hilfreich ist dafür eine bunte und gut bebilderte Broschüre – na ja, mit 123 Seiten schon eher ein Buch –,

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

die von der Abteilung Landschaftsplanung und Stadtgrün der **Hamburger Umweltbehörde** Ende Juni in zweiter Auflage herausgegeben wurde: **Hamburgs Grünes Netz – Parks und Naturschutzgebiete erleben**. Schon das Blättern macht Lust auf den einen oder anderen Ausflug und vermittelt den Eindruck, wie schön die Umgebung ist und warum es anzeigt ist, sich für den Erhalt dieser Naturgebiete einzusetzen. Das Material ist derzeit im Druck, aber schon im Netz einsehbar.

Manchmal kommen wir kaum nach, all die hier eingehenden neuen Konzepte, Studien, Untersuchungen usw. auch nur zu sichten, geschweige denn alle zu kommentieren. Aber **einige herausragende Materialien** seien denn doch regelmäßig benannt. Fangen wir beim ganz großen Thema an, beim bedrohten Frieden durch eine immer stärker in Fahrt kommende Rüstungsspirale.

Ende Juni hat **Greenpeace** eine Studie zur europäisch-amerikanischen Sicherheits- und Militärpolitik vorgelegt. Verfasst wurde sie vom renommierten Friedens- und Konfliktforscher Prof. Dr. Herbert Wulf und den Greenpeace-Experten Dr. Alexander Lurz und Philip Steeg. Das Hauptergebnis ihrer sicherheitspolitischen Analyse fassen die Autoren wie folgt zusammen: »Die Nato insgesamt ist Russland weiterhin in allen verglichenen Bereichen überlegen, allein bei Atomwaffen lässt sich ein Gleichstand konstatieren. **Auch ohne die USA verfügen die europäischen Staaten (mit Kanada) über ein höheres kumuliertes Militärbudget, mehr Großwaffensysteme und mehr Soldat*innen**« (aus der Einleitung auf S. 4, die Tabelle findet sich auf S. 9).

Und dann schauen wir bei den neu erschienenen Materialien nach rechtsaußen. Beispielsweise auf ein soeben vorgelegtes **Gutachten der Gesellschaft für Freiheitsrechte** (GFF), in dem auf sage und schreibe 3.062 Seiten der **juristische Nachweis erbracht wird, dass die AfD verfassungsfeindlich ist**. Nicht, dass wir das nicht schon lange ahnten oder gar sicher waren, aber 2.500 gelieferte Belege wiegen denn doch noch bedeutend schwerer als Vermutungen und schlichte Überzeugungen. Laut SPD-Newsletter vom 4. Juli nennt der Wälzer

Tabelle 3: Vergleich der einsatzbereiten Großwaffensysteme

	Kampf-panzer	Gepanzerte Fahrzeuge	Artillerie	Kampfhub-schrauber	Haupt-kriegs-schiffe	U-Boote	Kampf-flugzeuge	Strategische Bomber
NATO Europa (plus Kanada)	7104	30030	15896	428	143	74	2215	0
NATO insgesamt	9744	45363	22508	1321	264	138	5270	138
Russland	3630	9910	5976	335	34	53	1064	114

Die gesamte Greenpeace-Studie hier

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

drei Verbotsgründe: »1. Die AfD verfolgt politische Gegner und schüchtert sie ein. 2. Sie strebt danach, die Menschenwürde von Deutschen mit Migrationsgeschichte, Muslim*innen, Schutzsuchenden und LGBTIQ-Personen zu verletzten. 3. Die Partei hat die Mittel und das Konzept, ihre Ziele potenziell umzusetzen.« Kommentar von Clara Bünger, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag: »Das Urteil des Gutachtens ist eindeutig. Es wäre grob fahrlässig, das Bundesverfassungsgericht nicht endlich in die Lage zu versetzen, die Verfassungswidrigkeit der AfD zu prüfen«.

Titelblatt der von 20.000 privaten Spender*innen finanzierten Studie.

Und gleich noch etwas zur AfD, konkret zur Frage, was denn wäre, **was sich konkret** änder**te, wenn in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern diese rechtsextremistische Partei künftig (mit)regieren würde?** Was dann z.B. Schulen, Verwaltung und Vereinen droht? Die »taz« hat das am 23. Mai mal dankenswerterweise auf mehreren Seiten zusammengestellt. Das **Worst-Case-Szenario einer potenziellen radikal-rechten Landesregierung** macht klar, was Migrant*innen droht, wie die Demokratie bekämpft wird, welches neue Familienbild propagiert wird, wie sich Schule, Verwaltung

Die 3.000-seitige Gesamtstudie der GFF gibt es hier.

und andere Institutionen ändern, was auf Kultur und Wissenschaft zukommen und wie die Klimakatastrophe noch angeheizt werden würde. Damit später niemand sagen kann, er/sie/irgendjemand habe es doch nicht gewusst!

Aber es gibt ja noch viel mehr, was da an neuen Papieren resp. Dateien im Internet kursiert. Für sozialpolitisch interessierte Hamburger*innen dürfte eine **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Straßensozialarbeit zur Umsetzung der Förderrichtlinie zur Straßensozialarbeit für obdachlose Menschen in Hamburg und den daraus resultierenden Versorgungslücken** lesenswert sein. Klingt etwas kompliziert, aber es geht schlicht um die Frage, ob die wachsende Zahl der notgedrungen auf den Hamburger Straßen lebenden Menschen – zurzeit liegt die Schätzung bei 3.800 Obdachlosen – mit geeigneten Hilfsmaßnahmen der Stadt einhergeht. Die klare Antwort der Strasos: Nein!

Nur ein Beispiel: Statt Ausbau des Hilfesystems wurden von der Sozialbehörde **zum 1. Januar 2026 sogar noch 3,79 Stellen gestrichen**. Die verschiedenen Kritikpunkte werfen ein Licht auf die Lage von Menschen und ihrer Unterstützer*innen und insbesondere die völlig unzureichende Haltung des Senats, sowieso mit Blick auf die verkündete Zielsetzung, die Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. »Straßensozialarbeit ist kein Verwaltungsprodukt, sie ist gelebte Menschenrechtsarbeit«, heißt es im Schlusskapitel der Stellungnahme. »Wer sie schwächt, ob durch schwache Konzepte, unzureichende Stellen oder ordnungspolitische Vereinnahmung, muss wissen, dass Menschen dafür einen Preis zahlen. Einen Preis, den wir nicht bereit sind zu akzeptieren« (S. 4). Nur zur Erinnerung: Momentan rechnen wir in Hamburg mit **3.800 Obdachlosen** – darunter laut »Hamburger Abendblatt« online vom 24. Juni **etwa 150 minderjährig** – und laut »Hinz & Kunzt« vom 26. Juni sind es insgesamt genau **32.765 Wohnungslose**. Tendenz bei beiden Gruppen steigend!

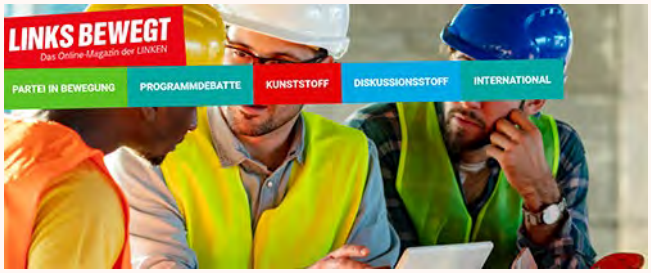
Nicht mehr taufrisch, aber eben erst wieder aus der Versenkung aufgetaucht und recht anschaulich ist eine **124-seitige Broschüre der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** vom August 2024 (2. Auflage). Sie trägt den Titel **Hamburger Projekte der Stadtentwicklung 2020 – 2035** und verschafft einen Überblick, was an verschiedenen Stellen in Hamburg im Schwange oder auch noch geplant ist. Guckst du hier und auf das Foto vom Pergolenviertel in Hamburg-Nord auf der nächsten Seite.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

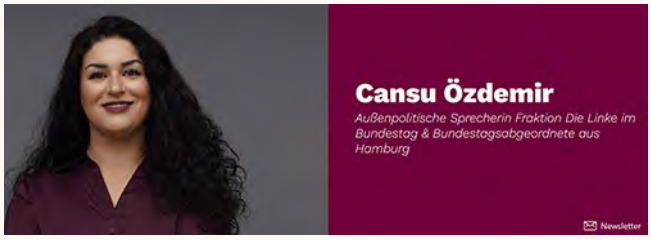
Zu den wohnungs- und stadtentwicklungspolitisch wichtigen Periodika gehört zweifellos der **Newsletter von Stattbau Hamburg**. Der jüngste (die Nummer 59/2026) ist Ende Juni erschienen und thematisiert auf 14 Seiten u.a. den Jubiläums-Jahresrückblick 2025 dieses alternativen Bau- und Projektentwicklers, es geht grundsätzlich um die **Investitions- und Förderbank** (IFB), um genossenschaftliches Bauen und **verschiedene Vorhaben** im Münzviertel, Groß Flottbek und St. Georg. Wer in die aktuelle Ausgabe schauen oder den Newsletter abonnieren möchte, findet hier den richtigen Zugang.

Und auf den **Kommunal-Newsletter der Bundestags-LINKEN** kann gar nicht oft genug hingewiesen werden, weil er wichtige Daten, Materialempfehlungen und Termine für das stadt- und stadtteilpolitische Engagement enthält, auch wenn die Perspektive natürlich eine bundesweite ist. Aber so mancher Antrag aus einem anderen Bundesland oder einer Metropole hat schon den Kopf freigemacht für eine hamburgbezogene Initiative. Die aktuelle Nummer vom 4. Juni enthält u.a. Artikel zum Abpflastern, Paritätischen Armutsbericht, Flächensparen, zur kommunalen Wirtschaftsförderung und allerlei Musteranträge und -anfragen. Leider wird der Newsletter zurzeit nicht im Netz eingestellt, mensch kann ihn also nur bestellen und, wenn er nicht gefällt, wieder abbestellen.

Und gleich noch was aus der Bundestagsfraktion. Nach ihrer Neuaufstellung infolge der Bundestagswahl im Februar 2025 hat es auch einen Relaunch so mancher Website gegeben. Deswegen ist es nicht immer ganz einfach, im Netz die richtigen aktuellen Infos zu finden. Wer auf dem neuesten Stand sein möchte, **was DIE LINKE bundesweit so macht oder einschätzt**, ist auf der neuen Homepage LINKS BEWEGT richtig.

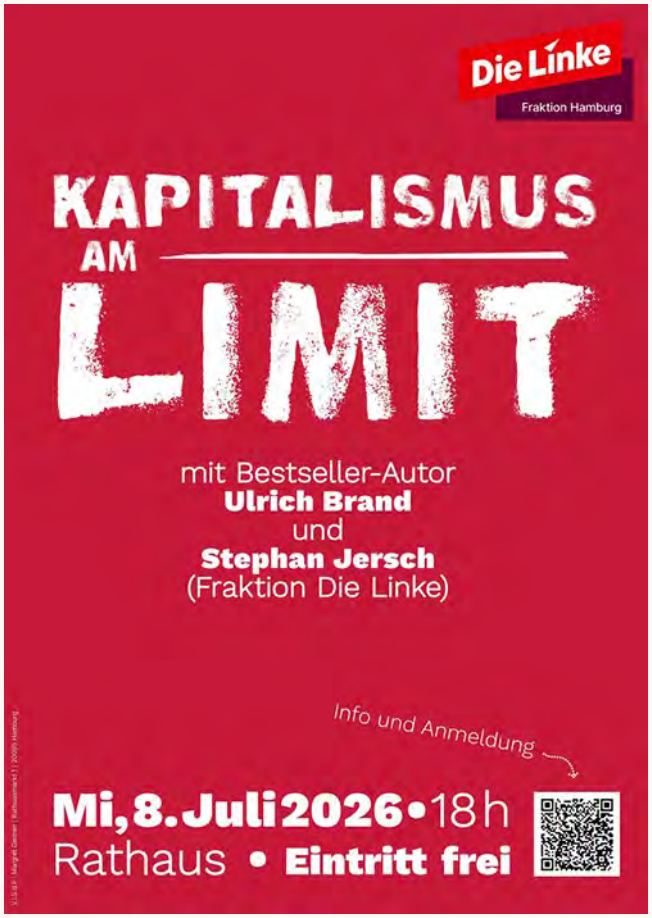


Tja, und dann werben wir natürlich für den **neuen Infobrief von Cansu Özdemir**, neben Jan van Aken **eine der beiden Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Hamburg**. »In meinem Newsletter berichte ich regelmäßig von meiner Arbeit als außenpolitische Sprecherin im Bundestag«, führt sie aus. »Ich nehme dich mit nach Berlin, gebe Einblicke in aktuelle Debatten und zeige, wie ich die Themen und Anliegen aus meinem Hamburger Wahlkreis in die parlamentarische Arbeit einbringe. Du möchtest wissen, woran ich gerade arbeite und was politisch als Nächstes ansteht? Dann abonniere meinen Newsletter.



Wer schon etwas älter ist, erinnert sicher noch, dass **das Wörtchen Kapitalismus** in einer öffentlichen Debatte nahezu tabu war, von einigen ewiggestrigen Hardcore-marxist*innen und einer Handvoll aufrechter Humanist*innen abgesehen. Heute dagegen wird der Begriff selbst von rechten Ideologen benutzt – und mensch staunt. Verkündete 1989 der US-amerikanische Soziologe Francis Fukuyama im Angesicht des Untergangs des »realen Sozialismus« noch den endgültigen Sieg des bürgerlich-liberalen Systems und damit »Das Ende der Geschichte«, stellt sich die Situation zwei Generationen doch ganz anders dar. Und so laden wir, die Linksfraktion, am **Mittwoch, den 8. Juli**, um 18.00 Uhr ins Rathaus ein zur Veranstaltung **Kapitalismus am Limit**. Zu Gast: Ulrich Brand, neben Markus Wissen Autor des Buches »Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven.« Es moderiert Stephan Jersch. Der Eintritt ist frei, aber rechtzeitiges Erscheinen zu empfehlen. Infos hier.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Und weil's so schön, hier gleich noch mal Powerplayer Stephan Jersch. Er empfängt nämlich tags darauf, am Donnerstag, den 9. Juli, zwischen 14.00 und 19.00 Uhr Interessierte in seinem **Bergedorfer Wahlkreisbüro** (Weidenbaumweg 19, 1. OG) zum **Tag der offenen Tür**. Versprochen werden »Begegnungen abseits des oft hektischen politischen Alltags«, garniert mit kühlen Getränken und einem kleinen Imbiss. Mehr auf Stephans Homepage.

Ebenfalls am **Donnerstag, den 9. Juli**, setzt die GRÜNEN-nahe Heinrich-Böll-Stiftung ihre interessante Reihe zur **Problematik der Künstlichen Intelligenz (KI)** fort. Bei dieser mittlerweile fünften Veranstaltung um den digitalen Kolonialismus. Das meint weniger die Diskussion um die allgegenwärtigen Algorithmen und Daten, im Mittelpunkt steht vielmehr die Hardware: Rohstoffe, Energie, Rechenzentren und Millionen Menschen, die das alles erarbeiten. Prominenter Experte auf dieser Veranstaltung ist der Journalist und Autor Ingo Dachwitz, der gerade sein neues Buch mit dem Titel **Digitaler Kolonialismus** veröffentlicht hat. Lesung und Gespräch an diesem 9. Juli um 19.00 Uhr im Betahaus Café (Eifflerstraße 43). Infos und Anmeldung.

Und ebenso munter geht es am **Sonntag, den 12. Juli**, mit dem **21. Rothenburgsorter Elbebadetag** weiter. Zwischen 14.00 und 17.00 Uhr feiert die alternative Szene auf Einladung der Stadtteilinitiative »Hamburgs

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Wilder Osten«, über die wir auch im BB so manches Mal berichtet haben. Gefeiert und ggfs. gebadet – zumindest seitens der sicheren Schwimmer*innen – wird im Elbpark Entenwerder, am Haken/Alexandra-Stieg, direkt oberhalb des Elbearms. Ein schönes Beispiel für ein nicht kommerzielles Stadtteilfest, wie es allen Quartieren zu wünschen ist. Weitere Infos hier.

Zum vierten Mal haben **vom 13. bis 24. Juli** bis zu **500 Kinder** in den Ferien die Möglichkeit, am Riesenspektakel der **Kinderstadt Hamburg** teilzunehmen. Eingeladen sind Kids zwischen 7 und 15 Jahren, die jeweils montags bis Freitag zwischen 9.00 und 15.00 Uhr tolle Sachen miteinander erleben und gestalten können. Denn es geht um nichts weniger als den Bau einer eigenen Stadt. Aber nicht nur das. Die Kinder entwickeln auch die Regeln für das Zusammenleben, treffen Entscheidungen und lernen so etwas wie Demokratie in einem Gemeinwesen von unten. Den Grundstein für diese wunderbare Kinderstadt-Idee hat 2021 die Patriotische Gesellschaft gelegt, seit 2024 wird das Projekt im Zwei-Jahres-Rhythmus in Kooperation mit dem Bildungszentrum und Träger für Kinder- und Jugendarbeit dock europe e.V. realisiert. **Die Kinderstadt ist ein kostenfreies Angebot, eine Teilnahme ohne Anmeldung möglich.**

Mehr Infos hier

Am **Mittwoch, den 15. Juli**, erinnert Altona wieder an die **Deportationen**, die **über die Schule Schanzenstraße/Bahnhof Sternschanze am 15. und 19. Juli 1942** nach Theresienstadt/Terezin verschleppt wurden. Von den insgesamt betroffenen 1.500 Deportierten überlebten gerade einmal 134. Holger Artus, maßgeblicher Mitinitiator dieser alljährlichen **Gedenkaktion**, macht dieses Mal vor allem auf das Schicksal von Claus Borchardt (geb. 1926) aufmerksam, der in der Schanzenstraße eingeschult wurde und seine Deportation nicht überlebte. Die Kundgebung an diesem 15. Juli beginnt um 17.00 Uhr vor der Namenstafel der Deportierten am Eingang der heutigen Ganztagsgrundschule Sternschanze (Höhe Altonaer Straße). Hier mehr Infos.

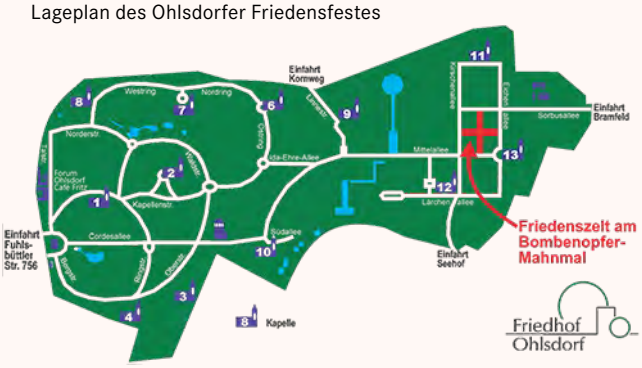
TROTZ DEM – Vom Erinnern zum Handeln, das ist die Parole für das **18. Ohlsdorfer Friedensfest**, das **vom 18. Juli bis zum 2. August** stattfindet. Insgesamt zwölf Veranstaltungen am Mahnmal für die Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof sind geplant. Das inzwischen zur guten Tradition gewordene Friedensfest zieht weit über Ohlsdorf hinaus interessiertes Publikum an und gilt als wichtiges Ereignis, um vor allem auch an den Schrecken der Bombennächte im Rahmen der »Operation Gomorrha« im Sommer 1943 zu erinnern – als Folge des von Deutschland vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieges 1939 ff. Eine Veranstaltung sei exemplarisch hervorgehoben, das Friedensfest am **Sonntag, den 2. August**, um 12.00 Uhr. Das Kulturteam Olmo e.V. gestaltet eine **szenische Lesung zum Buch »Flucht aus dem Kettenwerk«**, in dem die Flucht von drei Militär-Strafgefangenen aus dem Arbeitskommando Kettenwerk Langenhorn geschildert wird. Olmo ist im Übrigen der Verein, der am **Sonntag, den 8. August**, von 16.00 bis 23.00 Uhr am Deserteursdenkmal gleich neben dem Kriegsklotz am Dammtordamm das **4. Ludwig-Baumann-Fest gegen Aufrüstung und Militarisierung** durchführt.

TROTZ DEM
Vom Erinnern zum Handeln

Das Programm des Bündnisses Ohlsdorfer Friedensfest

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Lageplan des Ohlsdorfer Friedensfestes



Gemeinsam nach Heideruh in der Nordheide, so könnte das Motto am Samstag, den 25. Juli, und an manchem anderen Tag drumherum lauten. Denn **vom 21. bis 27. Juli wird im antifaschistischen Wohn- und Ferienheim Heideruh** in Buchholz (Ahornweg 45) der Sommer und vor allem auch das **hundertjährige Bestehen** der Einrichtung **gefeiert**, einer Institution, die sich als »Erholungsraum und Tagungshaus und Platz für Menschen aus aller Welt, die Respekt vor Menschen aus aller Welt haben!« Einem Ort, der Generationen Unterschlupf und Vergnügen, Austausch und Solidarität vermittelt hat. Und das seit nunmehr einem Jahrhundert, denn **Heideruh wurde 1926 von kommunistischen Hamburger Antifaschist*innen gegründet**. Die Idee entstand aus der Tradition, am Wochenende zur Erholung in ihre Wochenendhäuser in die Lüneburger Heide zu fahren, so die Einleitung zu einem historischen Abriss.

Konkrete Infos zum Sommerfestival

Die diesjährige **Pride Week** startet bereits am **Samstag, den 25. Juli**, und endet mit dem traditionellen CSD-Straßenfest vom 31. Juli bis zum 2. August rund um die Binnenalster und am Rathaus. Absoluter Höhepunkt mit hunderttausenden Menschen ist dann wie üblich der **CSD-Umzug am Samstag, den 1. August**. Gestartet wird nicht auf der Langen Reihe, sondern wie schon im Vorjahr auf der Lübecker Straße. Das Motto des Christopher Street Day (CSD) 2026: Solidarisch queer, Haltung zeigen – für eine Zukunft ohne Angst.

Mehr zu den Veranstaltungen des CSD

Auch wenn's noch ein bisschen hin ist, aber hier sei schon einmal vermerkt, dass der **diesjährige Tag des offenen Denkmals vom 11. bis 13. September** stattfindet. Das Motto lautet: **NetzWERKE: Denkmale & Infrastruktur – Historische Bauten, die uns bewegen und verbinden**. Koordiniert wird das Riesenevent aus irgendwas um 100 Veranstaltungsorte durch die Stiftung Denkmalpflege Hamburg, gefördert wird er vom Denkmalschutzamt der Kulturbehörde. In Kürze wird auf der Homepage das Programm für das lange Wochenende veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang sei auch auf eine **Neuerscheinung des Denkmalvereins** Hamburg e.V. hingewiesen. In der Reihe »Stadt Neu!« geht es in dem 100-seitigen Buch um **Beispielhafte Sanierungen aus Hamburg**. Behandelt werden u.a. die umgenutzte Viktoria-Kaserne, die ehemalige Kirche St. Nikodemus, der Philosophenturm der Uni Hamburg und manches mehr. Der Preis: 16,- Euro.

Und zu guter Letzt: 25 Jahre Schill-Chaos in Hamburg. Erinnert sich noch jemand genauer? Als Schill bei der Bürgerschaftswahl 2001 auf Anhieb 19,4% der Stimmen bekam und mit Ole von Beust und der FDP eine Senatskoalition einging? **Als »Richter Gnadenlos« die Hamburger Innenpolitik bestimmte**? Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) soll nun daran erinnert werden. **25 Jahre Schwarz-Schill-Senat**, am **Donnerstag, den 17. September**, um 18.30 Uhr im

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Centro Sociale (Sternstraße 2). Die Diskussion wird von zwei Zeitzeug*innen geführt: dem Politologen Meinhard Meuche-Mäker – er hat mehrere Beiträge über diese Zeit publiziert und war von 2006 bis 2024 Leiter des Hamburger Regionalbüros der RLS – sowie Heike Sudmann – die bis 2001 für die Regenbiogen-Gruppe in der Bürgerschaft saß. Die Moderation obliegt dem Journalisten Sebastian Friedrich. Mehr gibts hier.

Anti-Schill Demonstration am 10. Juli 2001 in Hamburg (Foto Archiv Kollektiv)

Aus der Plakatserie »Anfachen-Award« (Fotos: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Das wird man ja wohl noch sagen dürfen

Von Janine Burkhardt

Dass manche Männer besser keinen Zugang zu einem Mikrofon hätten, demonstriert Dieter Nuhr einmal mehr in einer bemerkenswert glanzlosen Vorstellung. In seiner Sendung »Nuhr im Ersten« vom 18. April 2026 erklärt er sinngemäß, selbstverständlich sei jeder Frauenmord einer zu viel – *aber* es gebe schließlich Millionen von Männern, und die Wahrscheinlichkeit, an einen Frauenmörder zu geraten, sei praktisch gleich null. Mit welcher Selbstverständlichkeit er diese Sätze formuliert, ist erschreckend.

Denn schon die Prämisse ist irreführend: Er reduziert das Problem auf die Zahl der vollendeten Femizide und blendet die ungleich höhere Zahl der versuchten Tötungen, massiver Partnerschaftsgewalt und lebensgefährlicher Übergriffe vollständig aus. Das eigentliche Ausmaß der Gewalt gegen Frauen verschwindet hinter einer »statistischen« Nebelkerze.

Doch damit nicht genug. Nuhr setzt noch einen drauf und empfiehlt Frauen sinngemäß, sie sollten ihren Partner vor dem Geschlechtsverkehr eben erst einmal kennenlernen. Einfach mal fragen, ob eine Nebentätigkeit als Frauenmörder vorhanden ist. Die Aussage, die Täter-Opfer-Umkehr und Slutshaming in einem Satz vereint, soll also der Schenkelklopfer überhaupt sein? Die Botschaft lautet: Wer dem »falschen« Mann vertraut oder mit ihm schläft, trägt zumindest eine Mitschuld an dem, was folgt.

Das Nuhr gerne Klischees bedient ist nichts Neues, aber auch tote Frauen sind für ihn einen Lacher wert. Dabei zeigt gerade seine Bemerkung, wie wenig er sich offenbar mit dem Thema beschäftigt hat. Die überwältigende Mehrheit tödlicher Gewalt gegen Frauen geschieht eben nicht nach einer flüchtigen Bekanntschaft oder einem One-Night-Stand, sondern im Rahmen einer bestehenden oder beendeten Partnerschaft. Es sind Männer, die Kontrolle verlieren oder vielmehr glauben, sie hätten Anspruch auf die (Ex-)Partnerin. Es sind Männer, die eine Trennung nicht akzeptieren. Es sind Männer, die ein »Nein« als persönliche Kränkung verstehen und trotzdem daraus einen vermeintlichen Besitzanspruch ableiten. Die Tötung einer Frau passiert nicht aus dem Nichts, sie ist die Spitze einer Gewaltdynamik, bei der physische und psychische Gewalt oft schon vorher bestanden. Gerade die Phase einer Trennung oder Zurückweisung gilt für Frauen als besonders gefährlich. Statt sich mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, reduziert Nuhr das Problem auf einen flapsigen Kalenderspruch. Das ist weder mutig noch provokant. Es ist schlicht ignorant.

Nachdem die Kritik, insbesondere in den Sozialen Medien, laut wurde, beklagte Nuhr, der Vorwurf, er würde sich über Femizide lustig machen, sei lächerlich. Wieder einmal werde »Interneterregung zur Volksmeinung umgedeutet«. Schließ-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

lich habe er doch ausdrücklich gesagt, jeder Frauenmord sei einer zu viel. Nur folgte auf diesen Satz eben (erneut) ein »aber«. Und dieses »aber« entwertet alles, was davor gesagt wurde. Wer zunächst Mitgefühl formuliert, um anschließend das Problem kleinzureden und Frauen implizit Verhaltensratschläge zu erteilen, relativiert genau das Leid, das er zuvor noch anerkannt hat. An dieser Stelle wäre Schweigen tatsächlich die klügere Entscheidung gewesen. Stattdessen gab es Gelächter und Applaus aus dem Publikum.

Mit Satire hat das wenig zu tun. Satire tritt nach oben. Sie legt Machtmissbrauch offen, entlarvt gesellschaftliche Missstände und konfrontiert die Verantwortlichen. Hier wird nicht Macht kritisiert, sondern ein reales Gewaltproblem relativiert und auf Kosten der Betroffenen ein billiger Lacher produziert. Das ist keine gesellschaftliche Analyse, sondern zynische Verharmlosung.

Nuhr nutzt seine enorme Reichweite, um unter dem Schutzschild der Kunstfreiheit Aussagen zu verbreiten, die Vorurteile und Klischees bedienen, Verantwortung verschieben sowie strukturelle Gewalt bagatellisieren. Wer jede Kritik anschließend als hysterische Empörung oder »Cancel Culture« abtut, entzieht sich zugleich jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit den eigenen Aussagen. Ausgerechnet der Mann, der seit Jahren beklagt, man dürfe angeblich nichts mehr sagen, darf wieder einmal alles sagen – und liefert damit den besten Beweis dafür, dass diese Erzählung nie gestimmt hat. Die eigentliche Frage lautet nicht, ob er das sagen *darf*. Natürlich darf er. Das heißt aber nicht, dass jede andere Person diese Aussagen nicht auseinandernehmen darf.

Eine weitere zentrale Frage ist dann noch, warum der öffentlich-rechtliche Rundfunk solchen Aussagen weiterhin eine prominente Bühne bietet. Auch die ARD muss sich deshalb Kritik gefallen lassen. Diese hielt es aber für sinnvoller auf die Kunstfreiheit zu verweisen und auf das Recht Nuhrs, zugespitzt und provozierend zu formulieren. Für deutlich geringere Verfehlungen wurden Sendungen bereits eingestellt oder Moderator*innen aus dem Programm genommen. Wer jedoch Gewalt gegen Frauen relativiert und stereotype Schuldzuweisungen reproduziert, erhält Applaus und Sendezeit.

Das eigentliche Problem bleibt bestehen: Es sind immer wieder Männer, die die Verantwortung von den Tätern weg und auf Frauen verschieben. Männer, die lieber das Verhalten potenzieller Opfer kommentieren als das der Täter. Männer, die ein gesellschaftliches Gewaltproblem zu einem individuellen Fehlverhalten von Frauen umdeuten. Und genau diese Haltung ist Teil des Problems. Nicht der Widerspruch dagegen.

Statement des neuen Bündnisses Starker Sozialstaat

www.paritaet-hamburg.de/fileadmin/redakteur/pdf/B%C3%BCndnis_Starker_Sozialstaat_Hamburg.pdf

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Gemeinsam für einen starken Sozialstaat Hamburg

Der Sozialstaat ist ein zentraler Pfeiler unseres Gemeinwesens und unserer Demokratie. Er ist kein „nice to have“, sondern verfassungsrechtlicher Auftrag. Nach Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundes- und Rechtsstaat. Dieses Sozialstaatsprinzip verpflichtet den Gesetzgeber, für soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürger*innen zu sorgen.

Dennoch werden fast täglich wichtige Errungenschaften, die unseren Sozialstaat ausmachen, von unterschiedlichen Akteuren aus Politik und Wirtschaft in Frage gestellt. In Hamburg erleben wir jeden Tag, wie sehr Menschen auf verlässliche soziale Sicherung, eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und starke soziale Dienste angewiesen sind: Alte und Junge, Kranke und Gesunde, Arbeitslose und Beschäftigte, Menschen mit und ohne Beeinträchtigung.

Hamburg ist eine gespaltene Stadt. Hier leben 42.000 Vermögens-Millionär*innen, über 1.500 Einkommensmillionär*innen. Zugleich gibt es mit 8,3 % eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die bundesweit dritthöchste Armutsgefährdungsquote (18,9%) und insgesamt gibt es etwa 500.000 Menschen, die als arm gelten, wenn auch die Wohnkosten berücksichtigt werden.

Der Sozialstaat sichert den sozialen Frieden in einer Phase tiefgreifender Veränderungen und Transformationen. Er ermöglicht Teilhabe, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen und ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass große Umbrüche – wirtschaftlich, technologisch und ökologisch – demokratisch getragen werden. Ein starker Sozialstaat ist damit auch Schutzschild gegen Spaltung: Wenn Menschen das Gefühl haben, nicht gesehen zu werden, nicht mithalten zu können oder allein gelassen zu werden, verlieren sie Vertrauen in öffentliche Institutionen, demokratische Parteien und den Sozialstaat – und rechtsextreme Populisten profitieren.

Wer den Sozialstaat als reinen Kostenfaktor behandelt, macht Politik für Wenige gegen die Interessen Vieler. In Wahrheit ist ein gut ausgebauter Sozialstaat unverzichtbar – und er ist finanzierbar. Deutschland ist trotz Wirtschaftskrise eines der reichsten Länder der Welt. Hamburg ist eine wirtschaftsstarke Stadt. Die Ressourcen sind vorhanden. Entscheidend ist, dass sie gerecht verteilt werden und die Finanzierung des Gemeinwesens auf breite Schultern gestellt wird: Wer mehr hat, kann mehr beitragen, dafür müssen kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.

Wir stehen dabei nicht für ein Festhalten am Status quo.
Wir wollen einen Sozialstaat, der besser funktioniert, bürgernäher wird und zukunftsfest ist – für die Menschen in Hamburg heute und für kommende Generationen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Unsere Ziele für Hamburg

Wir sind ein breites Bündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Unsere Mitglieder, Beschäftigten, ehrenamtlich Aktiven und Ratsuchenden erleben jeden Tag, wie Solidarität entsteht – und wie sehr ein gerechter und leistungsfähiger Sozialstaat das Leben in Hamburg zusammenhält. Wir sind überzeugt: Es lohnt sich, für eine Politik zu kämpfen, die den Sozialstaat stärkt und von der alle in dieser Stadt profitieren.

1. Soziale Sicherung verlässlich machen

Wir wollen starke, solidarisch finanzierte Sicherungssysteme, die Schutz geben und niemanden zurücklassen. Dazu gehören eine bedarfsgerechte, verlässliche und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung, eine menschenwürdige Pflege, die niemanden finanziell überfordert, und eine Alterssicherung, die einen Lebensabend in Würde statt in Armut ermöglicht. Hier zu sparen, ist ein grundfalscher Weg.

2. Sozialstaat im Alltag spürbar machen: öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Ein handlungsfähiger, bürgernaher Staat entscheidet sich für viele Menschen an ganz konkreten Erfahrungen: bei Behörden, in Schulen, im ÖPNV, in der Gesundheitsversorgung, in sozialen Diensten und Einrichtungen, beim Katastrophenschutz, beim sozialen Wohnungsbau, beim Klima- und Umweltschutz, beim Sport. Deshalb braucht Hamburg eine leistungsfähige, nachhaltig finanzierte soziale Infrastruktur. Bezirke sowie freie Träger müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass Hilfe zuverlässig ankommt.

3. Wohnen bezahlbar machen

Wohnen ist in Hamburg zu einer der drängendsten sozialen Fragen geworden.
Wir brauchen deutlich mehr sozialen Wohnungsbau und eine Politik, die Mieten wieder bezahlbar macht und Wohnungslosigkeit konsequent verhindert.

4. Gute Arbeit sichern und Qualifizierung ermöglichen

Gute und sichere Arbeit ist Motor für individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand und Voraussetzung für einen starken Sozialstaat. Deshalb müssen Tarifbindung, Mindestlöhne, Kündigungsschutz und Arbeitsschutzstandards gestärkt werden; dazu gehört ausdrücklich auch das Festhalten am 8-Stunden-Tag. Gleichzeitig müssen Weiterbildung und Qualifizierung so ausgebaut werden, dass berufliche Übergänge sozial abgesichert gelingen.
Eine starke Arbeitslosenversicherung und eine solidarische Grundsicherung müssen sicherstellen, dass Menschen im Falle von Arbeitslosigkeit nicht in Armut leben müssen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

5. Armut wirksam bekämpfen und Teilhabe ermöglichen

In einer reichen Stadt darf niemand von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sein, weil das eigene Geld dafür nicht reicht. Gesunde Ernährung und gesundheitliche Prävention dürfen nicht am Kontostand scheitern. Der Zugang zu Bildung, Freizeit, Kultur und Sport muss so gestaltet sein, dass Teilhabe für alle Einkommensklassen möglich ist, besonders für Kinder und Jugendliche.

6. Inklusion und Selbstbestimmung konsequent verwirklichen

Teilhabe ist ein Grundrecht und muss praktisch möglich sein – in der Stadt, im Quartier, in der Verwaltung und in allen Lebensbereichen. Dafür müssen Barrieren konsequent abgebaut und Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen langfristig und verlässlich abgesichert werden. Das Wunsch- und Wahlrecht darf nicht eingeschränkt werden.

7. Bleibeperspektiven und Teilhabe sichern

Hamburg ist Einwanderungsstadt. Erforderlich sind verlässliche Bleibeperspektiven für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und den Folgen des Klimawandels geflohen sind, sowie Strukturen, die Integration im Alltag möglich machen. Integrations- und Sprachkurse müssen kostenfrei und schnell zugänglich sein. Berufs- und Bildungsabschlüsse sollten unbürokratischer anerkannt werden, damit der Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt besser gelingt.

8. Klimaschutz sozial gestalten

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen, weil der ökologische Umbau nur dann demokratisch getragen wird, wenn er fair organisiert ist. Hamburg hat den Auftrag, bis 2040 klimaneutral zu werden. Dazu müssen nachhaltige Alternativen für alle zugänglich gemacht und Belastungen so verteilt werden, dass niemand überfordert oder abgehängt wird.

9. Finanzierung gerecht gestalten

Investitionen in soziale Infrastruktur sind Investitionen in Stabilität, Teilhabe und Zukunft. Ein leistungsfähiger Sozialstaat braucht eine auskömmliche Finanzierung, und diese muss gerecht organisiert sein. Wer sehr hohe Einkommen, Vermögen oder Erbschaften hat, muss stärker zum Gemeinwesen beitragen, während kleine und mittlere Einkommen entlastet werden müssen.

Unser Appell

Wir laden alle Menschen in Hamburg ein, sich mit uns für einen starken und zukunftsfesten Sozialstaat zu engagieren –
für **Zusammenhalt**, **Teilhabe** und eine **Demokratie**,
die im Alltag spürbar funktioniert.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Einige Wochen vor der ersten Kundgebung des **Bündnis Starker Sozialstaat** hatte das ebenfalls neue Bündnis unkürzbar zu einer ersten – und trotz der Hitze gut besuchten – Demo aufgerufen. In dem Aufruf heißt es u.a.: »Wir sind UNKÜRZBAR! Bei UNKÜRZBAR schließen wir uns zusammen gegen Sozialabbau und Kürzungspolitik. Wir kommen aus verschiedenen Arbeitsbereichen, haben unterschiedli-che Perspektiven und Betroffenheiten – und wir alle finden: Es reicht.«

VSA: Theorie, Politik & ein lohnender Blick nach Berlin

Paul Singer
Eine militante Utopie
Den Sozialismus neu denken: Solidarische Ökonomie gegen den Neoliberalismus
160 Seiten | Eingeleitet von Clarita Müller-Plantenberg. Mit einem Vorwort von Michael Löwy | € 16.80
ISBN 978-3-96488-267-7

Ingar Solty
Innere Zeitenwende
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-259-2

Stephan Krüger
Mit Marx zum Verständnis des aktuellen Kapitalismus
Zu bisher ungelösten Fragen der Kritik der politischen Ökonomie
238 Seiten | € 24.80
ISBN 978-3-96488-268-4

Roland Süß
Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!
Über den Neoliberalismus hinaus zu Autoritarismus und Faschismus
AttacBasisTexte 65
80 Seiten | € 8.50
ISBN 978-3-96488-273-8

Ulrich Bochum/Jeffrey Butler/ Klaus Kohlmeyer/ Stephanie Odenwald
Berlin: I(i)ebenswert, innovativ, rebellisch
Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden
228 Seiten | € 14.00
ISBN 978-3-96488-271-4

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter **www.vsa-verlag.de**

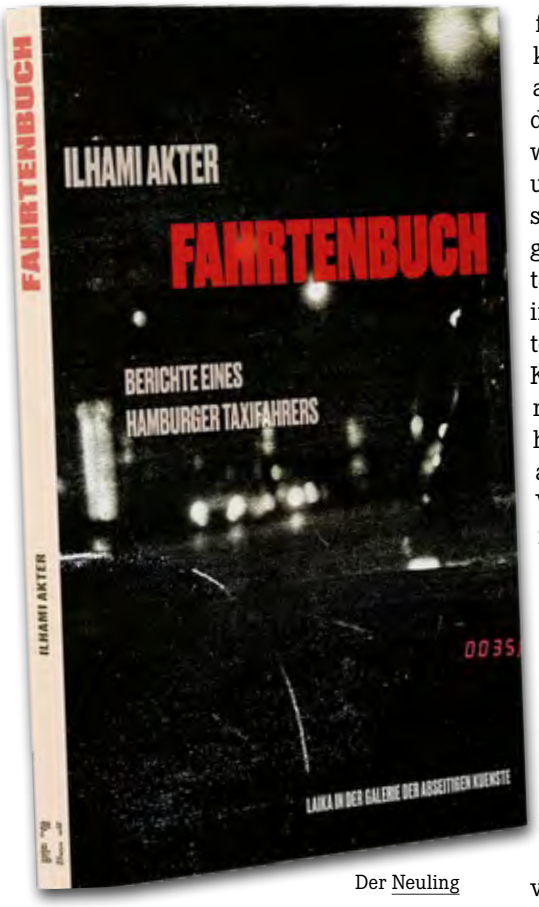
Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp

Hamburg aus der Sicht eines Taxifahrers

Lesung mit dem Autor İlhami Akter

Von Michael Joho



Der Neuling

Am **Freitag, den 18. September, um 18 Uhr**, lädt die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE zu einer Lesung und Diskussion in den Kaisersaal des Hamburger Rathauses ein. Zu Gast an diesem Abend: İlhami Akter, der aus seinem »Fahrtenbuch. Berichte eines Hamburger Taxifahrers« liest und anschließend mit den Teilnehmer*innen diskutiert.

İlhami Akter, Jahrgang 1972, kommt aus einer kurdischen Familie aus dem Dorf Zelxidêr bei Karakoçan, 1989 flüchtete er nach Deutschland, kämpfte lange Zeit um seinen Asylantrag, bis er schließlich 2009 die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb. In Hamburg betätigte er sich u.a. in der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen e. V. und im Kurdistan Volkshaus e. V. Nach einer Reise in die Türkei wurde er wegen Weiterleitung eines Posts zur Lage der Kurden in der Türkei zu drei Jahren Haft verurteilt, konnte aber fliehen. Die damaligen Erlebnisse verarbeitete er in seinem Buch »Flucht, Verfolgung, Solidarität«, erschienen 2021 im LAIKA-Verlag. Mit den Schilderungen seines Vierteljahrhunderts Erfahrungen und Erlebnissen aus der Welt der Taxifahrer*innen legt er sein zweites Buch vor.

Darin geht er solchen Fragen nach: Was zeigt das wahre Gesicht einer Stadt? Ihre Sehenswürdigkeiten – oder die Menschen, die in ihr leben? Über viele Jahre hat İlhami Akter Menschen durch die Stadt gefahren. Menschen auf der Durchreise: Geschäftsleute, Intellektuelle, Betrüger*innen, Schläger*innen, Paranoiker*innen, Kranke, Prostituierte, Künstler*innen, Schwätzer*– und Schweiger*innen. In seinen 62 Kurzgeschichten über diese flüchtigen und doch intensiven Begegnungen entsteht das andere Porträt Hamburgs: ein Porträt seines Alltags und seiner sozialen Wirklichkeit, in dem sich Hoffnung und Verzweiflung,

Akters Buch-Debüt

Fremdheit und Nähe, Politik und Privates, Glück und Unglück spiegeln.

Der Schauspieler Michael Weber lässt diese Begegnungen lebendig werden und führt das Publikum durch das nächtliche Hamburg – erzählt aus dem Rückspiegel eines Taxis. Geschichten über andere, die am Ende immer auch Geschichten über uns selbst sind. Danach folgt dann ein Gespräch mit dem Autor. Die Moderation liegt bei Heike Sudmann.

PS: Michael Weber (Deutsches Schauspielhaus), Barbara Guggenheim (Jüdischer Salon), Katharina Picandet (Edition Nautilus) und Detlef Grumbach (Rosa-Luxemburg-Stiftung) gestalten am Dienstag, den **1. September,** um 19 Uhr im Hannah Arendt Salon (Schulterblatt 130) einen **Abend zu Justin Steinfeld** (1886–1970), einem linken Autor mit jüdischem Hintergrund, und zu seinem Roman »Ein Mann liest Zeitung«. Mehr bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg